

UNION IN EUROPA

CDU/CSU-Gruppe
im Europäischen Parlament

Nummer 7 · 3. Mai 2004 · www.cdu-csu-ep.de



Wir in Europa – Für Sie in Europa

Um im gemeinsamen Interesse aller Europäer Fortschritte zu erzielen, bildet das Prinzip der Subsidiarität die Grundlage unserer Politik. Nach dem Subsidiaritätsprinzip darf die Europäische Union nur da tätig werden, wo die einzelnen Mitgliedstaaten, Regionen oder Kommunen die gewünschten Ziele nicht alleine erreichen können. Die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament setzt sich nachdrücklich dafür ein, dass dieses Prinzip auch nach der Erweiterung der EU am 1. Mai Grundlage der Europapolitik bleibt.

Inhalt

Zur Sache: Europa

Teil 2

Seite 2

kurz & bündig:

Aus der EVP-ED-

Fraktion

Seite 7

Für mehr Bürgernähe und Transparenz

Um im gemeinsamen Interesse aller Europäer Fortschritte zu erzielen, bildet das Prinzip der Subsidiarität die Grundlage unserer Politik.

Nach dem Subsidiaritätsprinzip darf die Europäische Union nur da tätig werden, wo die einzelnen Mitgliedstaaten, Regionen oder Kommunen die gewünschten Ziele nicht alleine erreichen können.

Durch die Erweiterung der Union sind Veränderungen im Herzen der Europäischen Union dringend erforderlich geworden, um Transparenz, Bürgernähe und Effizienz herzustellen. Für diesen Reformprozess wurde ein Konvent aus Mitgliedern der nationalen Regierungen und Parlamente, der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments gebildet. Dieser Konvent bildete den richtigen Rahmen für die Ausarbeitung eines Vorschlags für einen europäischen Verfassungsvertrag.

Auch nach dem Scheitern der Regierungskonferenz Ende letzten Jahres muss der Entwurf des Konvents weiterhin die Grundlage für einen EU-Verfassungsvertrag bleiben. Wenn die Frage der Handlungsfähigkeit der erweiterten Union nicht schnell gelöst wird, besteht die Gefahr, dass es zu einem „Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten“, einer Rückkehr zur intergouvernementalen Methode oder sogar zu einem Auseinanderfallen der EU kommt.

Wirtschaft, Wettbewerb, Wohlstand

Wir streben ein Europa an, das im Rahmen des gemeinsamen Binnenmarktes Wohlstand schafft und im Weltmaßstab wettbewerbsfähig ist. Gleichzeitig wollen wir in Übereinstimmung mit dem Grundsatz der nachhaltigen Entwicklung das Wohlergehen aller Menschen nicht nur in Europa, sondern in der ganzen Welt fördern.

Die CDU/CSU-Gruppe setzt sich für eine unbürokratische Ausgestaltung des europäischen Binnenmarktes ein. Besonders der Mittelstand ist auf die Entlastung von Bürokratie angewiesen. Durch Deregulierung kann die Europäische Union einen wesentlichen Beitrag zu mehr Wachstum und Beschäftigung leisten.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und neue wettbewerbsfähige Arbeitsplätze sind unser herausragendes Ziel. Die Ursachen für die hohe Arbeitslosigkeit in Deutschland sind jedoch struktureller Natur und liegen vor allem im nationalen Bereich.

Wegen der nationalen Unterschiede in den Ursachen der Beschäftigungskrise sind europäische Vorgaben zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit untauglich. Die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, Stärkung des Mittelstands, Umbau des Sozialstaats und Reform des Steuersystems müssen in Deutschland geleistet werden.

Forschung fördern – Werte achten

Die CDU/CSU-Gruppe befürwortet nachdrücklich die Forschung im Bereich Medizin und Biotechnologie.

Wir unterstützen die Wissenschaftler, die Behandlungsmethoden für bisher unheilbare Krankheiten suchen und Firmen, die in diesem Bereich investieren und Arbeitsplätze schaffen. Die meisten Forschungen in diesem Bereich treffen nicht auf grundsätzliche ethische Bedenken und können auch im Rahmen der geltenden Gesetze in Deutschland durchgeführt werden. Besonders viel versprechend ist die Forschung mit so genannten „adulten Stammzellen“, die dem Körper erwachsener Menschen entnommen werden. Innerhalb des Europäischen Parlaments konnten wir durchsetzen, dass diese ethisch unbedenkliche Forschung priorität gefördert wird.

Dagegen lehnen wir es strikt ab, dass ethisch umstrittene und in Mitgliedstaaten wie Deutschland verbotene Vorhaben aus dem EU-Haushalt gefördert werden. Insbesondere die verbrauchende Embryonenforschung sollte vom 6. Forschungsrahmenprogramm der EU ausgeschlossen werden.

Eine Mehrheit von Sozialdemokraten, Liberalen und Kommunisten verhinderte jedoch, dass sich das Europäische Parlament zu diesem klaren ethischen Rahmen bekannte.

Asyl und Einwanderung im Interesse Deutschlands regeln

Die Politikbereiche Einwanderung und Asyl sind in der EU inzwischen vergemeinschaftet. Sobald die EU von dieser gesetzgeberischen Kompetenz Gebrauch macht, sind die Mitgliedstaaten gebunden. Die EU regelt aber nur den rechtlichen Rahmen der Einwanderung. Die Entscheidung darüber, ob und in welchem Umfang Einwanderung stattfindet, liegt weiter in der Entscheidungshoheit der einzelnen Mitgliedstaaten. Dies muss nach Auffassung der CDU/CSU-Gruppe auch so bleiben.

Das Thema Einwanderung muss in Deutschland jedoch stärker als bisher unter europäischen Gesichtspunkten diskutiert werden. Zuwanderung hat es in Europa ebenso wie in Deutschland in Form von Asyl, Familiennachzug, Bürgerkriegsflucht und in beträchtlichem Umfang illegal immer schon gegeben. In Deutschland vollzieht sich Einwanderung vorwiegend ungeregelt über Asyl. Rund 90 Prozent der Asylantragsteller sind nicht wirklich politisch verfolgt,



sondern nutzen das deutsche Asylrecht, um nach Deutschland zuzuwandern.

Die meisten von ihnen bleiben trotz rechtskräftiger Ablehnung ihrer Asylanträge in Deutschland. Durch diese ungesteuerte Zuwanderung lassen sich die demographischen Probleme in Deutschland gewiss nicht lösen.

Für Deutschland streben wir daher ein politisches Gesamtkonzept an, das vier zentrale Zielsetzungen miteinander verbindet:

- Die Begrenzung der Zuwanderung unter Berücksichtigung der Aufnahmefähigkeit und -bereitschaft,
- die Wahrnehmung der humanitären Verpflichtungen,
- die Steuerung der Zuwanderung unter Berücksichtigung der nationalen Interessen und der nationalen Identität,
- die Ausgestaltung der Zuwanderung nach Zahl und Profil in einer Weise, die sicherstellt, dass die Integrationsziele erreicht werden.

Für eine leistungsfähige Landwirtschaft

Aufgabe der Europäischen Union ist die Agrarmarkt- und Preispolitik sowie die Schaffung fairer Wettbewerbsbedingungen. Dagegen müssen die Agrarstruktur und die ergänzende Einkommenspolitik weitgehend in nationaler Verantwortung liegen. Die Europäische Union muss ihre Regelungen auf das unbedingt notwendige Maß beschränken sowie vereinfachen und entbürokratisieren.

Die CDU/CSU-Gruppe fordert eine nationale Kofinanzierung, um einen

wirtschaftlichen Einsatz der Fördermittel zu unterstützen. Mit der Erweiterung wird die Zahl der Verbraucher in der EU um 100 Mio., das Agrarland um 50 %, die Anzahl der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte um 100 % ansteigen. Wir setzen uns daher für eine Agrarreform ein, die die Landwirtschaft Osteuropas an die Gegebenheiten in der EU heranführt und zusätzliche Kosten für die Europäische Union vermeidet.

Das europäische Landwirtschaftsmodell muss auch im Rahmen der Welt handelsorganisation WTO mit ihren strengen Subventionsmaßstäben abgesichert werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die deutschen und europäischen Landwirte unter ganz anderen sozialen und ökologischen Bedingungen wirtschaften als ihre Konkurrenten auf dem Weltmarkt.

Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts

Jeder EU-Bürger kann sich innerhalb der Europäischen Union frei bewegen. Er kann leben, lernen und arbeiten, wo er möchte: Das ist europäisches Bürgerrecht.

Diese einmalige Erweiterung des Horizonts und der Chancen der Bürger Europas muss abgesichert werden. Dazu gehören auch Schutz und Rechtssicherheit für Bürger, die in einem anderen EU-Land reisen oder leben. Die Europäische Union baut ihr Konzept des Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts deshalb kontinuierlich aus. Durch die engere Zusammenarbeit der Behörden wird ein hohes Niveau an innerer Sicherheit

erreicht. Das hindert nicht, sondern schützt die Bewegungsfreiheit der Bürger Europas.

Europol ist der erste Ansatz einer europäischen Ermittlungsbehörde. Das Mandat von Europol wurde auf Drängen von CDU und CSU gestärkt: Es umfasst nun alle schwerwiegenden Formen der internationalen Kriminalität und den Kampf gegen den Terrorismus. Europol sorgt für den Informationsaustausch zwischen den Polizeibehörden der EU-Staaten und stellt Expertenwissen zur Verfügung. Die eigentlichen Zugriffe erfolgen dann unter der fachlichen und rechtlichen Verantwortung der Mitgliedstaaten. Bei Europol arbeitet zur Datenanalyse und Strategieentwicklung im Kampf gegen den Terrorismus ein Team von Experten.

Bessere Ausbildung – bessere Chancen

Die Europäische Union und der europäische Einigungsprozess gründen

auf dem gegenseitigen Respekt und Verständnis aller Menschen. Dieser Respekt und dieses Verständnis sollen gefördert werden, indem die EU die Bürger – ob jung oder alt – ermutigt, sich zu treffen und voneinander zu lernen. Die Austauschmaßnahmen im Rahmen der Jugend- und Bildungsprogramme wie SOKRATES, ERASMUS und LEONARDO, die Städtepartnerschaften und die Aktionen im Bereich der Zivilgesellschaft, aber auch die kulturellen Aktivitäten im Rahmen des Programms KULTUR 2000 tragen zu diesem Ziel bei.

Die Europäische Union hat sich in Lissabon zum Ziel gesetzt, der wettbewerbsfähigste Wirtschaftsraum der Welt zu werden, fähig zu nachhaltigem Wachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt. Innovationsfähigkeit, Qualifikationen, Wissen und Fertigkeiten sind der Schlüssel. Daher setzt sich die CDU/CSU-Gruppe für mehr Investitionen in das Lernen ein und fordert verstärkte Zusammenar-

EU-Bildungsprogramme im Internet

Informationen über die EU-Bildungsprogramme der Europäischen Union finden Sie auf folgenden Web-Seiten:

SOKRATES-Internetseite:

<http://europa.eu.int/comm/education/socrates-de.html>

LEONARDO-Internetseite:

<http://europa.eu.int/comm/education/leonardo-de.html>

Diese Seiten stellen neben Ausschreibungen und Projektkompendien als Download Antragsformulare für die zentralen Maßnahmen, vor allem aber die Leitfäden in elektronischer Form zur Verfügung. Die Leitfäden geben Auskunft über Fördervoraussetzungen, das jeweilige Antragsverfahren, Projektlaufzeiten, die Höhe der Fördermittel, förderfähige Kosten etc.

beit der Mitgliedstaaten zur Schaffung hochwertiger Bildungsmöglichkeiten und Bereitstellung vielfältiger Lernerfahrungen.

Unser Ziel ist es, das lebenslange Lernen in die Realität umzusetzen. Menschen aller Altersgruppen müssen gleiche Chancen und freien Zugang zur Bildung haben, damit sie das Beste aus ihren Möglichkeiten machen können. Auf diese Weise kann dazu beigetragen werden, die Fundamente für die wissensbasierte Wirtschaft und Gesellschaft zu legen und gleichzeitig die soziale Integration zu fördern. Auch das Engagement der EU im Sportbereich geht in dieselbe Richtung.

Die CDU/CSU-Gruppe setzt sich dafür ein, einen effektiven Zugang zu Lernmöglichkeiten überall in der Gemeinschaft zu eröffnen und alle Hindernisse auszuräumen, die sich der bildungsbezogenen Mobilität in den Weg stellen.

Generationengerechtigkeit

In der Europäischen Union haben die Senioren eine stetig wachsende Bedeutung. Noch vor 50 Jahren waren die Senioren mit weniger als 10 Prozent ein kleiner Teil der Gesamtbevölkerung. Bis zum Jahr 2020 werden die Bürgerinnen und Bürger, die 60 Jahre und älter sind, rund 25 Prozent der Gesamtbevölkerung der EU ausmachen.

Die Seniorenpolitik liegt in erster Linie in der Kompetenz der Mitgliedstaaten. Die EU kann aber durch Informations- und Erfahrungsaustausch, durch die Kommunikation und Ver-

mittlung unterschiedlicher Problemlösungsansätze in den einzelnen Mitgliedstaaten dazu beitragen, optimale Strategien zur Bewältigung der Folgen des demografischen Wandels zu erarbeiten.

Für CDU und CSU gilt dabei das Prinzip der Generationengerechtigkeit: Einerseits ist es unumstritten, dass die jüngeren Generationen nicht über Gebühr belastet werden dürfen. Andererseits gilt aber auch, dass die Generationen, die den heutigen Wohlstand durch ihre Arbeit überhaupt erst ermöglicht haben, aufgrund ihrer Lebensleistung ein Anrecht auf ein Leben in Würde und Wohlstand auch im Alter besitzen.

Die CDU/CSU-Gruppe tritt für folgende Zielsetzungen ein und fordert dabei, auch auf positive Erfahrungen in den anderen EU-Mitgliedstaaten zurückzugreifen:

- Beschäftigungsregelungen und -formen, die an die Erfordernisse älterer Menschen angepasst sind.
- Stufenweiser Übergang in den Ruhestand.
- Altersgerechte Arbeitsplatzgestaltung.
- Gesicherter Zugang zur medizinischen Versorgung für alle Altersgruppen, um zu verhindern, dass Menschen der Zugang zu den neuesten und besten Behandlungsmethoden aufgrund eines bestimmten Alters verwehrt wird.
- Bildungs- und Fortbildungsangebote für Senioren.
- Mitwirkung der Senioren an politischen Entscheidungsprozessen, um aktiv ihre Interessen vertreten zu können.

kurz & bündig

AKTUELLES AUS DER EVP-ED-FRAKTION

■ Erfolgreicher Start für die EU-Kommissare aus den Beitrittsländern

Als „erfolgreichen Start“ für die schnelle Integration der Beitrittsländer in die Arbeit der europäischen Institutionen hat der Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion, **Hans-Gert Pöttering** (CDU), den Ausgang der Anhörungen der neuen EU-Kommissare im Europäischen Parlament bezeichnet. So hätten bereits sieben der zehn neuen Kommissionsmitglieder Erfahrung in Ministerämtern ihrer Heimatländer sammeln können, was beweise, welche große Bedeutung die Beitrittsländer der Tätigkeit ihrer Kommissare auf der europäischen Ebene beimessen würden. Pöttering sprach sich in diesem Zusammenhang dafür aus, dass zukünftig in allen EU-Staaten nationalen Ministerämtern genau so viel Bedeutung beigemessen werden sollte wie europäischen Ämtern. Die neuen Kommissionsmitglieder hätten in den Anhörungen sowohl ihre fachlichen Qualifikationen wie auch ihre europapolitischen Überzeugungen deutlich unter Beweis gestellt.

Angesichts der wachsenden Herausforderungen in einer erweiterten EU sei die Verpflichtung der neuen Kommissionsmitglieder auf das Gemeinschaftsinteresse zudem von herausragender Bedeutung für das zukünftige Funktionieren der neuen Kommission. Im Hinblick auf die mehrfach kritisch angesprochene kommunistische Vergangenheit einiger Kommissare erklärte Pötter-

ring, dass es seinem christlichen Menschenbild entspreche, „jedem Menschen das Recht auf einen Neuanfang in seinem Leben zuzugestehen, wenn er gemachte Fehler bereut“. Die Anhörungen seien daher zugleich eine Gelegenheit gewesen, die Aufrichtigkeit der europäischen und demokratischen Überzeugungen der neuen Kommissare zu prüfen. Diese hätten jetzt die Gelegenheit, bis zur Berufung der nächsten EU-Kommission den positiven Gesamteindruck auch in der praktischen Tagesarbeit zu bestätigen. Pöttering betonte abschließend, dass die zehn Beitrittsländer durch ihre Beobachter bereits seit 2003 intensiv an den Arbeiten des Europäischen Parlaments beteiligt gewesen seien: „Wir freuen uns, dass bei der Plenarsitzung Anfang Mai in Straßburg nun auch die Beobachter als Abgeordnete des Parlaments mit uns über die neuen Kommissare abstimmen können. Dies ist ein großer Tag für die Einigung Europas, für Frieden, Freiheit und Demokratie“.

■ Bessere Rahmenbedingungen für den Mittelstand

Mit großer Mehrheit angenommen wurde der Bericht von EVP-ED-Berichterstatter **Paul Rübiger** (Österreich) über das EU-Mehrjahresprogramm für Unternehmen und unternehmerische Initiative, insbesondere im Hinblick auf kleine und mittlere Unternehmen (KMU). Um eine schnelle Annahme seines Berichts durch das Plenum bereits in der ersten

Lesung zu erreichen, hatte Rübige sowohl mit dem Rat als auch mit der Kommission bereits vorab eine Einigung erzielt. Kernpunkt der Initiative ist dabei die Bewertung der Wachstums- und Beschäftigungsinitiative, aus der hervorgeht, dass sich zwei von drei Finanzinstrumenten, nämlich der KMU-Bürgerschaftsfonds und der Startkapitalfonds, als erfolgreich erwiesen hätten.

Als weniger effektiv hätte sich dagegen die Förderung länderübergreifender Joint Ventures zwischen KMUs in der Europäischen Union herausgestellt, was sowohl auf die geringe Nachfrage als auch auf die schlechte Rentabilität zurückzuführen gewesen sei. Die noch vorhandenen Mittel in Höhe von 43 Millionen Euro sollten deshalb schnellstmöglich wieder in den Gesamthaushaltsplan eingestellt werden. Künftig sollte sich das Mehrjahresprogramm insbesondere auf die Unterstützung von KMU mit einem hohen Wachstumspotential konzentrieren, gerade weil die Unternehmen in der Expansionsphase Schwierigkeiten hätten, die notwendigen Finanzmittel aufzubringen.

■ **Besserer Schutz vor Schädling- bekämpfungsmitteln**

Das Europäische Parlament hat einen Bericht des britischen Europaabgeordneten **Robert Sturdy** angenommen, der die bestehenden Regelungen über zuläs-

sige Höchstwerte von Pestizidrückständen in Agrarprodukten tierischen und pflanzlichen Ursprungs zusammenfasst und dadurch einen besseren Gesundheits- und Verbraucherschutz erreichen will. Ferner könnten sich die bestehenden Unterschiede hinsichtlich der nationalen Rückstandshöchstwerte für Schädlingsbekämpfungsmittel als Schranken für den innereuropäischen wie für den Handel mit Drittstaaten auswirken. Der Bericht empfiehlt daher, entsprechende Mindeststandards auf Gemeinschaftsebene durchzusetzen, mit dem vordringlichen Ziel, den Handel zu fördern und gleichzeitig den Verbraucherschutz zu erhöhen. Andererseits dürften Nutzpflanzen und deren Anbau nicht durch schädliche Organismen beeinträchtigt werden, weshalb nach Ansicht des Berichterstatters ein Mindestschutzniveau gewährleistet werden müsse. Ferner gelte es, auch die Verbraucher auf die verschiedenen Methoden des Pflanzenschutzes aufmerksam zu machen, wozu nicht zuletzt der Fruchtwechsel und die mechanische Unkrautbekämpfung zählten. Das Europäische Parlament bekräftigte seine Überzeugung, dass Schädlingsbekämpfungsmittel nur auf dem niedrigstmöglichen Niveau eingesetzt werden sollten, um gesundheitliche Beeinträchtigungen zu vermeiden.

*Knut Götz, EVP-ED-Pressestelle,
kgoelz@europarl.eu.int*

Impressum

UNION IN EUROPA – Informationen der EVP-ED-Fraktion des Europäischen Parlaments. Für den Inhalt verantwortlich: Hartmut Nassauer MdEP, Markus Ferber MdEP. **Redaktion:** Stephan Mock, CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Deutscher Bundestag, W 60, 11011 Berlin, Telefon 030-227-757 75, e-mail: stephan.mock@cducsu.de. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. 0 22 26-8 02-0. **Verlagsleitung:** Bernd Proffittich, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. **Herstellung:** VVA – Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.